



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS



Foto: Carole AlFarah

Religionsfreiheit weltweit 2012-2014

Ein Überblick

... damit der Glaube lebt!



Religionsfreiheit weltweit 2012-2014

Ein Überblick



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

INHALT

Vorwort von Dr. Paul Jacob Bhatti	5
Die Ergebnisse im Überblick	6
Die wichtigsten Ergebnisse	8
Brennpunkte	
Nordkorea: Missionar zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt	9
Iran: Baugenehmigung für sunnitische Moscheen in Teheran	10
Nigeria: Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram entführt mehr als 200 Schülerinnen	13
Birma (Myanmar): Regierung verfügt Geburtenbeschränkung für Rohingya-Muslime	14
Belgien: Vier Menschen bei einer Schießerei im Jüdischen Museum getötet	16
Bahrain: Der Bau einer Kathedrale bedeutet Licht in der Dunkelheit	19
Pakistan: 22 schiitische Pilger bei Bombenanschlag getötet	20
Sudan: Mariam Ibrahim entgeht Todesstrafe wegen „Apostasie“	22
China (Tibet): Buddhistischer Mönch stirbt in Haft	24
Zentralafrikanische Republik: Christen und Muslime vereint für den Frieden	26

Chefredaktion: John Pontifex, Redaktion: Reinhard Backes, Redaktionsassistent: Mark Banks

Vorsitz der Redaktion: Peter Sefton-Williams

Redaktionelle Mitarbeiter: Marc Fromager, Maria Lozano, Raquel Martin, Roberto Simona, Benedikt Steinschulte, Pater Paul Stenhouse, Mark von Riedemann

Seite 2 zeigt die Vernehmung des südkoreanischen Missionars Kim Jung-Wook durch die nordkoreanischen Behörden im Mai 2014.

Copyright: AP/Press Association. Siehe Seite 9 für weitere Einzelheiten.

Umschlaggestaltung: Geiger Grafik-Design, München

VORWORT VON DR. PAUL JACOB BHATTI,

früherer Minister für Nationale Einheit und Minderheitenfragen, Pakistan

Der Einsatz für Religionsfreiheit hat mein Leben und das meiner Familie für immer verändert.

Es war ein regnerischer Morgen am 2. März 2011, als mein Bruder Shahbaz Clement Bhatti, damals Minister für Minderheiten in Pakistan, am helllichten Tag ermordet wurde. Seine Entschlossenheit, jeder Art von Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen und die unterdrückten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu schützen, kostete ihn das Leben.

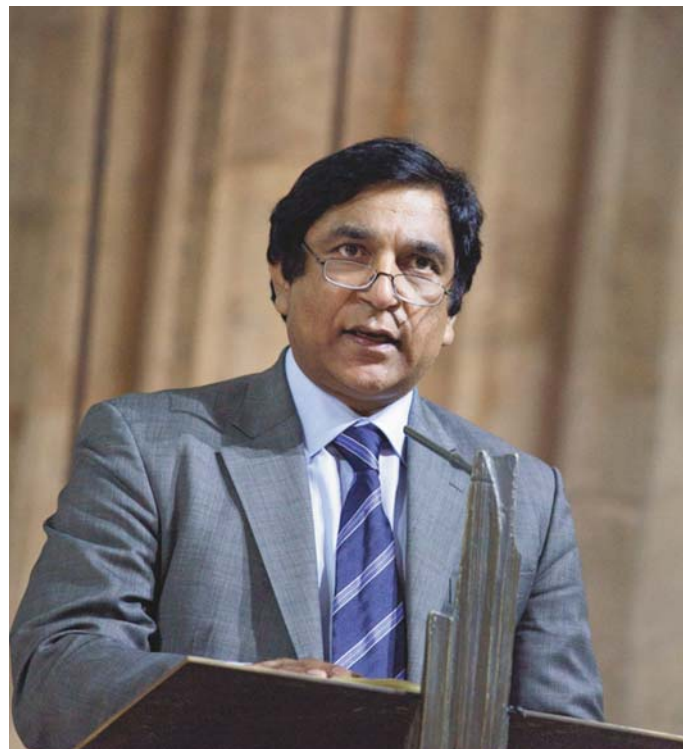
Als Shahbaz getötet wurde, stand ich vor der Wahl, entweder mein Leben in Italien fortzuführen oder den Staffelstab meines Bruders aufzunehmen und seine Arbeit fortzusetzen. Für mich war das eine Gewissensangelegenheit; ich sah mich von Gott dazu verpflichtet, seine Vision und Mission fortzusetzen und jene zu beschützen, deren grundlegende Menschenrechte durch Diskriminierung, Extremismus und religiösen Hass immer aufs Neue verletzt werden. Daher übernahm ich das Amt des Ministers für Nationale Eintracht und Minderheitenfragen in der pakistanischen Regierung und auch den Vorsitz der All Pakistan Minorities Alliance (APMA). Diese war von meinem verstorbenen Bruder gegründet worden und sollte sicherstellen, dass alle religiösen Minderheiten in einem gemeinsamen Forum eine Stimme bekommen. Gleichzeitig rief ich den Shahbaz Bhatti Memorial Trust ins Leben, damit als Vermächtnis meines Bruders weiterhin Religionsfreiheit, die Gleichheit der Menschen und soziale Gerechtigkeit gefördert würden.

Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal in Pakistan arbeiten würde, nachdem ich mich in Italien als Arzt niedergelassen hatte. Damit hätte ich die persönlichen und beruflichen Freiheiten, die ich genoss, aufs Spiel gesetzt. Doch einen Monat vor Shahbaz' Tod hatte ich ein sehr wichtiges Gespräch mit ihm. Er bat mich, nach Pakistan zu kommen und dort zu arbeiten. Ich dachte, das sei nicht ernst gemeint, und erwiderte: „Du rufst mich aus dem Paradies in die Hölle.“ Er antwortete sofort: „Der Weg zum Paradies liegt in Pakistan.“ Er war fest davon überzeugt und diskutierte immer wieder mit mir darüber, dass „Sich-Heraushalten“ keine Option ist; dass wir als Menschen eine Familie sind und daher für diejenigen eintreten müssen, die zu schwach sind, um für sich selbst zu sprechen und sich zu verteidigen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass KIRCHE IN NOT die wichtige Aufgabe eines weltweiten Überblicks über die Lage der Religionsfreiheit übernommen hat. Niemand sollte körperlicher Gewalt und psychologischer Einschüchterung ausgesetzt

sein, weil er sich zu dem bekennt, was für ihn wichtig ist und woran er sich hält. Die Religionsfreiheit ist ein Recht und eine Verantwortung, die für alle Menschen gilt. Wir alle haben das Recht, unseren Glauben ungehindert zu leben; zugleich respektieren wir den Glauben des anderen.

Religionsfreiheit ist ihrem Wesen nach ein Recht für alle, das allen gleichermaßen zusteht. Darum empfehle ich den Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ von KIRCHE IN NOT, denn er berücksichtigt bei der Betrachtung und Bewertung der Situation einen breiten Querschnitt von Glaubensgemeinschaften in Ländern in aller Welt. Damit fordert dieser Bericht die Leser dazu auf, neu über dieses Grundrecht nachzudenken, das für eine freie, gerechte und lebendige Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist. Dies ist in einer gespaltenen Welt, in der es in einigen Teilen eine Renaissance der Religion gibt, in anderen dagegen eine Tendenz zu religiöser Gleichgültigkeit und Atheismus, gegenwärtig am dringendsten erforderlich. In einer zunehmend polarisierten Welt könnte ein wachsender Konsens über das Wesen der Religionsfreiheit und ihre Achtung für unseren Kampf gegen Fanatismus und eine Kultur der Gewalt – sei es Gewalt durch den Staat, Extremisten oder terroristische Gruppen – von entscheidender Bedeutung sein.



DIE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

(Berichtszeitraum: Oktober 2012 bis Juni 2014)

1. Von den 196 Ländern weltweit werden 81 Länder – 41 Prozent – als Orte ausgewiesen, wo die Religionsfreiheit beeinträchtigt ist (als „hoch“ oder „mittel“ eingestuft) oder abnimmt.
2. Insgesamt 35 Länder – oder 18 Prozent – wurden so eingeordnet, dass es dort einige „problematische“ Punkte hinsichtlich der Religionsfreiheit gibt, dass ihr Status sich jedoch nicht verschlechtert hat.
3. Bei den restlichen 80 Ländern – oder 41 Prozent – war kein Anlass zur Sorge um die Religionsfreiheit zu erkennen. Der Bericht stellte keine regelmäßigen oder systematischen Verletzungen der Religionsfreiheit in diesen Staaten fest.
4. Wo es eine Veränderung im Hinblick auf die Religionsfreiheit gibt, handelt es sich dabei fast immer um eine Verschlechterung. In den 196 analysierten Ländern wurde eine Verbesserung nur in sechs Ländern festgestellt. Eine Verschlechterung der Situation wurde in 55 Ländern (oder 28 Prozent) verzeichnet.
5. Selbst von den sechs Ländern, in denen Verbesserungen registriert wurden, werden vier – Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Kuba und Katar – nach wie vor als Orte „hoher“ oder „mittlerer“ Verfolgung eingestuft. Simbabwe und Taiwan werden als „problematisch“ beziehungsweise „niedrig“ eingeordnet.
6. Insgesamt wurden 20 Länder als „hoch“ im Hinblick auf den Mangel an Religionsfreiheit gekennzeichnet.
 - a. In 14 davon ist ein extremistischer Islam verantwortlich für die religiöse Verfolgung. Zu ihnen zählen: Afghanistan, die Zentralafrikanische Republik, Ägypten, Iran, Irak, Libyen, die Malediven, Nigeria, Pakistan, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen.
 - b. In den übrigen sechs Ländern hat die religiöse Verfolgung mit einem autoritären Regime zu tun. Es sind: Birma (Myanmar), China, Eritrea, Nordkorea, Aserbaidschan und Usbekistan.



Auf der Grundlage dieser Ergebnisse kommt der Bericht zu dem Schluss:

7. Im Berichtszeitraum hat sich die Situation der weltweiten Religionsfreiheit gravierend verschlechtert.
8. Der von den Schlagzeilen der globalen Medien vermittelte Eindruck, dass die Verfolgung marginalisierter religiöser Gemeinschaften zunimmt, wird von dieser Untersuchung bestätigt.
9. Muslimische Länder stellen den größten Anteil in der Liste der Staaten mit den schwersten Verletzungen der Religionsfreiheit.
10. In westlichen Ländern, die überwiegend oder aufgrund ihrer Geschichte christlich sind, nimmt die Religionsfreiheit ab. Zwei Hauptfaktoren sind dafür verantwortlich. Erstens besteht keine Einigkeit darüber, welche Rolle Religion im „öffentlichen Raum“ spielen darf. Zweitens ist die Offenheit für Religionsfreiheit durch die wachsende Sorge der Gesellschaft im Hinblick auf den Extremismus gefährdet.
11. Christen sind nach wie vor die am meisten verfolgte religiöse Minderheit, was zum Teil auf ihre weite geografische Verbreitung und ihre hohen relativen Zahlen zurückzuführen ist. Allerdings erleben auch Muslime ein hohes Maß an Verfolgung und Diskriminierung, sowohl durch andere Muslime als auch durch autoritäre Regierungen.
12. Gewalt und Schmähungen, denen Juden in Westeuropa ausgesetzt sind, bewegen sich im Allgemeinen auf einem niedrigen Niveau. Diese Probleme haben jedoch zugenommen und eine verstärkte Emigration nach Israel zur Folge.
13. Es wurden positive Zeichen religiöser Kooperation festgestellt, doch diese waren häufig auf lokale Initiativen zurückzuführen und nicht auf Fortschritte auf nationaler Ebene.
14. Die Verfolgung alteingesessener religiöser Minderheiten und das Aufkommen monoreligiöser Staaten führt zu einer außergewöhnlich massiven Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, was zur weltweiten Flüchtlingskrise beiträgt.
15. Die Länder in Westeuropa, die bis vor wenigen Jahrzehnten überwiegend christlich und ethnisch homogen waren, ähneln immer mehr den multireligiösen und ethnisch heterogenen Gesellschaften des Nahen Ostens. Das führt sowohl zu politischen als auch sozialen Spannungen.
16. Die Zunahme des „religiösen Analphabetismus“ bei den politischen Entscheidungsträgern im Westen und bei den internationalen Medien behindert einen produktiven Dialog und wirksames politisches Handeln.
17. Wir kommen zu dem Schluss, dass die religiösen Gemeinschaften in erster Linie selbst dafür verantwortlich sind, Gewalt und Verfolgung zu bekämpfen, um die in diesem Bericht ermittelten beunruhigenden Entwicklungen umzukehren. Es wird immer dringlicher, dass alle religiösen Führer ihre Kanzeln und die Medien nutzen, um energisch gegen religiös motivierte Gewalt zu protestieren und sich entschieden für religiöse Toleranz einzusetzen.



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Auch weiterhin beherrschen Gewalttaten, die im Namen der Religion begangen werden, die internationalen Nachrichtenmedien. Es drängt sich der Eindruck auf, dass religiös motivierter Terror nicht nur weitverbreitet ist, sondern auch zunimmt. Dieser Bericht bestätigt leider, dass diese Einschätzung richtig ist.

In fast allen Ländern, in denen wir eine Veränderung des Status und der Situation von religiösen Minderheiten festgestellt haben, handelt es sich um eine Verschlechterung. Die Ursache hierfür ist zuweilen eine Diskriminierung durch das Recht oder die Verfassung; in anderen Fällen hängt sie mit religiösen Anfeindungen zusammen, oftmals in Verbindung mit Spannungen zwischen Volksgruppen und Stämmen. In einigen Fällen hat es damit zu tun, dass eine religiöse Gruppe eine andere unterdrückt – oder gar versucht, sie zu eliminieren. In anderen versucht ein autoritärer Staat, die Aktivitäten einer bestimmten Glaubensgemeinschaft einzuschränken. In westlichen Ländern nehmen religiöse Spannungen zu. Ausgelöst werden sie durch neuere Entwicklungen wie einen „aggressiven Atheismus“, einen liberalen Säkularismus und einen schnellen Zustrom von Wirtschaftsmigranten und Flüchtlingen, deren Glaube und Kultur sich deutlich von denen des Aufnahmelandes unterscheiden.

In den von diesem Bericht erfassten 196 Ländern – effektiv allen Ländern der Welt – haben wir bei 61 Ländern Veränderungen festgestellt. Nur bei sechs Ländern war eine Verbesserung der Lage religiöser Minderheiten zu verzeichnen. Bei den restlichen 55 Ländern haben wir eine Verschlechterung registriert. Das bedeutet, dass sich in beinahe 30 Prozent der analysierten Länder die Situation religiöser Gemeinschaften im Berichtszeitraum zwischen Oktober 2012 und Juni 2014 entweder „signifikant verschlechtert“ oder „verschlechtert“ hat.

Darüber hinaus haben wir 26 Länder ermittelt, in denen die Einschränkungen der Religionsfreiheit bereits „hoch“ oder „mittel“ sind, aber in den vergangenen zwei Jahren keine Veränderung festgestellt wurde. Wenn wir diese 26 Länder zu den 55 Ländern addieren, in denen sich die Situation verschlechtert hat, kommen wir zu dem Ergebnis, dass in 81 der 196 Länder der Welt – etwas mehr als 40 Prozent – die Religionsfreiheit entweder beeinträchtigt ist oder abnimmt.

Die Zahl der Staaten, die in die Kategorie der Länder mit „hohen“ oder „mittleren“ Verletzungen der Religionsfreiheit fallen – unabhängig davon, ob sich die Situation im Berichtszeitraum verbessert, verschlechtert oder nicht verändert hat – beläuft sich auf 56, oder etwas weniger als 30 Prozent der Gesamtzahl.

>>





BRENNPUNKT

NORDKOREA

Missionar zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt

Mai 2014: Der südkoreanische Missionar Kim Jung-Wook wurde von den nordkoreanischen Behörden zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, weil er spioniert und versucht habe, in dem totalitären Staat Untergrundkirchen aufzubauen. Er war sechs Monate zuvor verhaftet worden, nachdem er von China aus die Grenze zu Nordkorea überquert hatte. Kim Jung-Wook erschien im Februar auf einer nordkoreanischen Pressekonferenz, auf der er die nordkoreanischen Behörden um Gnade bat. Er sagte auch, er sei vom südkoreanischen Geheimdienst unterstützt worden, und entschuldigte sich dafür, dass er Verbrechen „gegen den Staat“ begangen habe. Allerdings haben in der Vergangenheit Inhaftierte die Erklärungen widerrufen, die sie zuvor auf inszenierten Pressekonferenzen abgegeben hatten.

Südkorea hat jegliche Spionageverbindung zu Kim Jung-Wook bestritten. Laut einem Freund des Missionars in Seoul hielt sich Kim Jung-Wook seit 2007 überwiegend in Dandong, China, auf. Er half nordkoreanischen Flüchtlingen, über Thailand, Laos und andere Länder in der Region nach Südkorea zu gelangen. Zuletzt jedoch hatte er es sich vor allem zur Aufgabe gemacht, diejenigen Nordkoreaner mit Nahrung und Unterkunft zu versorgen, denen es gestattet worden war, in China Arbeit zu suchen, und die keinen Erfolg und daher keinerlei Einkommen oder andere Mittel zum Lebensunterhalt hatten.

Quellen: AP/The Guardian, 31. Mai 2014;
NY Daily News, 27. Februar 2014.

BRENNPUNKT

IRAN

Baugenehmigung für sunnitische Moscheen in Teheran

November 2013: Es stellte einen Durchbruch in den schiitisch-sunnitischen Beziehungen im Nahen Osten dar, dass Irans neuer Präsident Hassan Ruhani grünes Licht für den Bau sunnitischer Moscheen in der Hauptstadt Teheran gab.

Vor dieser Ankündigung war Ruhanis Sonderberater für ethnische und religiöse Minderheiten, Ali Yunesi, mit sunnitischen Führern zusammengekommen, um über die Rechte der sunnitischen Minderheiten zu sprechen. Sie vereinbarten, auf den Abbau der Barrieren hinzuwirken, die einer völligen rechtlichen Gleichstellung der Sunniten in dem überwiegend schiitischen Land im Wege stehen. Dem Treffen waren mehrere Zwischenfälle vorausgegangen, bei denen Sicherheitskräfte Sunniten in Teheran daran gehindert hatten, sich an Feiertagen an den dafür vorgesehenen Orten zu versammeln und zu beten.

In den frühen Morgenstunden des 16. Oktober 2013 umstellten Dutzende von Sicherheitsbeamten in Uniform und in Zivil die Sadeghiyeh-Moschee im Nordwesten Teherans, eine der größten und wichtigsten sunnitischen Gebetsstätten in der Provinz Teheran. Sie hinderten sunnitische Gläubige daran, das Gebäude zu betreten, um dort Eid-e Ghorban, das Opferfest, zu feiern. Sunnitische Aktivisten berichteten auch, dass Sicherheitskräfte Gläubigen den Zugang zu einer anderen Gebetsstätte in Saadatabad im Norden Teherans verweigert hatten. In anderen Teilen der Hauptstadt hatten sunnitische Gläubige offenbar freien Zugang zu Gebetsstätten und konnten ungehindert beten.

Nach der Revolution von 1979 hinderten die iranischen Behörden den Sunniten daran, in Teheran Moscheen zu bauen. In den letzten zehn Jahren hat sich die iranische Reformvereinigung dafür eingesetzt, ein System von „Namazkhanehs“ – oder provisorischen Gebetsstätten – zu schaffen, wo die Sunniten an Freitagen und Feiertagen beten können. Durch die Beschränkungen der „Namazkhanehs“ waren in den letzten Jahren jedoch manche Gläubige gezwungen, ihre Feiertagsgebete an dafür nicht vorgesehenen Orten zu verrichten, unter anderem in Wohnungen oder anderen privaten Räumlichkeiten.

Quellen: World Bulletin, 9. November 2013 (www.worldbulletin.net); Human Rights Watch, 9. November 2013 (www.hrw.org).





Wo positive Ergebnisse erzielt wurden, war dies häufig auf lokale Initiativen zurückzuführen und nicht auf Fortschritte auf nationaler Ebene.

Obwohl sich die internationalen Nachrichtenmedien in ihren Schlagzeilen auf Gewalt und Grausamkeit im Zusammenhang mit religiösem Extremismus konzentrieren, findet anschließend selten eine Analyse der möglichen Auswirkungen und Folgen dieser Gewaltakte statt. Die Medien berichten in der Regel auch nicht über die religiösen Wurzeln dieser Konflikte, was zumindest eine Basis für ein besseres Verständnis liefern könnte. So müssen die Leser, Zuschauer und Zuhörer den Eindruck gewinnen, dass die berichteten Ereignisse zufällige Akte der Grausamkeit sind, die von geistesgestörten Bewaffneten begangen werden.

Glaubensgemeinschaften stellen nach dieser Interpretation der säkularen Medien zunehmend ein Problem dar, das zu bewältigen und sogar zu marginalisieren ist, und nicht eine Tradition, die man fördern und unterstützen sollte. Im Westen setzt sich immer mehr die Sicht durch, dass Religion nicht etwa das Beste im Menschen hervorbringt, sondern seine schlimmsten Seiten.

In direktem Zusammenhang mit religiös motivierter Gewalt steht ein Rückgang der religiösen Toleranz, des religiösen Pluralismus und des Rechts auf religiöse Selbstbestimmung. Zwar ist das Recht auf Religionsfreiheit in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert, doch ist es nahezu überall bedroht. Auch wenn er schwer zu quantifizieren ist, so ist der Trend weg vom religiösen Pluralismus, vor allem in den Entwicklungsländern, in diesem Bericht eindeutig dokumentiert.

Im Nahen und Mittleren Osten zeigt sich zunehmend das Phänomen des monoreligiösen Staates. Wo einst verschiedene christliche und muslimische Gruppen jahrhundertlang zusammenlebten, nimmt heute die Tendenz zu, dass die dominante religiöse Gruppe auf eine allgemeine Konformität der religiösen Praxis dringt, häufig durch die Durchsetzung des Scharia-Rechts oder durch Instrumente wie ein „Blasphemiegesetz“.

Die Entstehung des Islamischen Staates (vorher Islamischer Staat in Irak und der Levante) ist dafür das deutlichste Beispiel. Im Juli 2014 vertrieben die Dschihadisten alle Glaubensgemeinschaften einschließlich der nicht sunnitischen Muslime aus Mossul, der Stadt im nördlichen Irak, die sie einen Monat zuvor eingenommen hatten. Den Christen blieb nur die Wahl zwischen dem Übertritt zum Islam und der Flucht. Ihnen wurde ein Ultimatum gestellt und der Islamische Staat erklärte, falls sie sich nicht daran halten würden, „wird es für sie nichts als das Schwert geben“. In kürzester Zeit verschwanden die Christen in einer Stadt, in der bis vor kurzem 30 000 von ihnen gelebt hatten, und zum ersten Mal in 1600 Jahren gab es dort auch keine Sonntagsgottesdienste mehr.

Es zeigt sich, dass Extremismus und Verfolgungen dieser Art maßgebliche Faktoren für das wachsende Phänomen der

Massenmigration sind. Seit vielen Jahren schwinden im Nahen und Mittleren Osten die religiösen Minderheiten, doch im Berichtszeitraum hat sich eine bereits bestehende humanitäre Krise plötzlich und dramatisch verschlimmert. Zum Beispiel ging die Zahl der Christen in Syrien von 1,75 Millionen Anfang 2011 auf vermutlich knapp 1,2 Millionen im Sommer 2014 zurück – ein Rückgang von über 30 Prozent in drei Jahren. Im Irak geht die Zahl sogar noch drastischer zurück. Religion war zunächst offensichtlich nicht der einzige Grund für die Vertreibung von Menschen aus ihrem Heimatland – ausschlaggebend dafür waren in erster Linie wirtschaftliche Faktoren und die allgemeine Sicherheitslage –, aber dennoch entwickelte sich religiöser Hass eindeutig immer mehr zur treibenden Kraft bei den wachsenden Flüchtlingszahlen. Infolgedessen besteht ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Migration aufgrund religiöser Verfolgung und der Meldung des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) vom Juni, dass die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge weltweit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg über 50 Millionen liegt. Die Schaffung theokratischer oder monoreligiöser Staaten hat nicht nur tiefgreifende Auswirkungen auf diejenigen Länder, in denen dies umgesetzt wird, sondern auch auf die westlichen Demokratien.

Viele vertriebene Mitglieder religiöser Gemeinschaften suchen Zuflucht im Westen, was eine ganze Reihe von sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen mit sich bringt. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass der religiöse Pluralismus in Gebieten im Nahen Osten abnimmt, westliche Demokratien dagegen, die historisch überwiegend christlich und selbst weitgehend monoreligiös sind, nun lernen müssen, mit religiösem Pluralismus zu leben – oft zum ersten Mal.

Das Aufkommen der sozialen Medien hat dazu geführt, dass Fundamentalismus und religiöser Hass weit über geographische Grenzen hinaus spürbar sind. Der durch Facebook, Twitter, Chatrooms und andere soziale Medien verbreitete Extremismus führt dazu, dass religiöser Hass, der in einem weit entfernten Land gepredigt wird, schnell auch lokale Bedeutung gewinnt. Das zeigt sich am deutlichsten daran, dass im Westen Kämpfer für die Konflikte im Nahen Osten rekrutiert werden. In den westlichen Medien steht zunehmend die Sorge über die wachsende Bedrohung des Westens durch die zurückkehrende „Generation Dschihad“ im Vordergrund. Sporadische Anschläge, die von radikalisierten Personen auf bestimmte religiöse Gemeinschaften im Westen verübt werden – wobei die sozialen Medien oft eine wichtige Rolle spielen –, bestätigen, dass diese Bedrohung tatsächlich bereits existiert.

Im Allgemeinen ist das Maß der religiösen Unterdrückung in westlichen Demokratien weiterhin gering. Dennoch gibt es, wie dieser Bericht dokumentiert, wirklich beunruhigende Tendenzen.

Eine dieser Entwicklungen ist besonders hervorzuheben: Während die öffentliche Meinung im Westen zunehmend und zu Recht Diskriminierung aufgrund der Rasse, des

>>



BRENNPUNKT

NIGERIA

Die islamistische Terrorgruppe Boko Haram entführt mehr als 200 Schülerinnen

April 2014: In der Nacht vom 14. auf den 15. April entführten Mitglieder der Terrorgruppe Boko Haram 276 Schülerinnen aus einer Oberschule in Chibok im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias. Die meisten der entführten Mädchen kamen aus christlichen Familien, andere jedoch waren Musliminnen. Berichten zufolge gelang 53 Mädchen bald darauf die Flucht. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts waren nach einem Bericht der nigerianischen Polizei 223 Mädchen immer noch in der Hand der Kämpfer.

Am 12. Mai veröffentlichte die Terrorgruppe ein Video, das 130 der Mädchen zeigt. Sie tragen Ganzkörperschleier und werden gezwungen, Koranverse zu rezitieren. Boko-Haram-Chef Abubakar Shekau, wie immer im Tarnanzug, bestätigte, dass seine Gefangenen gezwungen worden waren, zum Islam zu konvertieren.

Erzbischof Ignatius Kaigama (Bistum Jos), Vorsitzender der Bischofskonferenz von Nigeria, äußerte sich tief beunruhigt

über die Notlage der Schülerinnen. Der Bischof sagte: „Ich bin sehr besorgt ... das sind doch nur unschuldige Mädchen, die jedem Menschen leidtun. Das Leben ist heilig.“ Auf die Frage, welches Motiv seiner Meinung nach hinter den Entführungen durch die Terrorgruppe stehe, erwiderte Erzbischof Kaigama: „Sie wollten das Herz Nigerias verletzen.“

Außerdem betonte der Führer der Katholiken in Nigeria, dass nach Ausschöpfung aller anderen Mittel das Gebet gegenwärtig die beste Antwort auf die Bedrohung durch Boko Haram sei. Er erklärte: „Wir haben den Dialog gesucht, und das hat nicht funktioniert. Die Regierung hat Gewalt eingesetzt, und das hat nicht funktioniert. ... In dieser Phase müssen wir beten – nur Gott kann das Herz dieser Menschen bewegen.“

Quellen: Aid to the Church in Need UK, 13. Mai 2014; BBC News Online, 9. und 12. Mai; Daily Mail Online 12. Mai 2014.

BRENNPUNKT

BIRMA (MYANMAR)

Regierung verfügt Geburtenbeschränkung für Rohingya-Muslime

Mai 2013: Die Behörden in Birmas westlichem Gliedstaat Rakhine haben eine Verordnung erlassen, nach der Familien der muslimischen Minderheitengruppe der Rohingya nur zwei Kinder haben dürfen. Damit wird versucht, das „schnelle Bevölkerungswachstum“ und die „religiös motivierte Gewalt“ einzudämmen. Im Gegensatz zu anderen Minderheiten im Land genießen Rohingya-Familien keine Bürgerrechte und werden von vielen als illegale Einwanderer betrachtet.

Die Verordnung stützt sich auf Vorschläge einer Kommission, die 2012 von der Zentralregierung eingesetzt wurde, um die gewaltsamen Übergriffe auf die Rohingya im westlichen Gliedstaat Rakhine zu untersuchen. Das von Präsident Thein Sein gebildete Gremium hat 27 Mitglieder, alles Personen mit unterschiedlichem Hintergrund. In einer Erklärung der Kommission heißt es, es sei unwahrscheinlich, dass die vertriebenen Rohingya-Muslime bald zurückkehren würden. Die strikte Trennung der Lebensbereiche von Buddhisten und Muslimen sei eine vorübergehende Lösung, die derzeit durchgesetzt werden müsse.

Der von der regierungsfreundlichen Kommission verfasste Bericht konzentriert sich auf die „Sorgen“, die von der

buddhistischen Mehrheit im Staat Rakhine im Hinblick auf das Wachstum der muslimischen Bevölkerung geäußert wurden.

Menschenrechtsaktivisten und Menschenrechtsorganisationen haben ernsthafte Bedenken und Befürchtungen, was diesen Vorschlag betrifft. Laut der Organisation „Human Rights Watch“ mit Sitz in den USA betreiben die Behörden faktisch eine „ethnische Säuberung“ in der Region. Aung San Suu Kyi, die prominente myanmarische Oppositionsführerin, sagte, dass die verfügte Beschränkung auf zwei Kinder – sollte diese bestätigt werden – „eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte“ darstelle.

Seit Juni 2012 und Mai 2013 kommt es in dieser Region immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen myanmarischen Buddhisten und Rohingya-Muslimen (etwa 800 000 leben in ganz Myanmar). Dabei kamen mindestens 200 Menschen ums Leben, weitere 140 000 wurden vertrieben.

Quellen: www.AsiaNews.it, 1., 24. und 28. Mai 2013.





Geschlechts und der sexuellen Orientierung als unannehmbar betrachtet, nimmt gleichzeitig der Konsens über die Gewissensfreiheit von Gläubigen ab.

Insbesondere im Hinblick auf Themen wie konfessionelle Schulen, gleichgeschlechtliche Ehe und Euthanasie besteht ein zunehmender Konflikt zwischen traditionellen religiösen Auffassungen und dem „progressiven“ liberalen Konsens. Während die herrschende Meinung anerkennt, dass Gläubige zumindest die Freiheit haben sollten, ihren Glauben privat zu praktizieren, besteht immer weniger Einigkeit darüber, in welchem Maß dieser Glaube in der Gesamtgesellschaft sichtbar werden darf.

Die Folge ist eine immer deutlichere Tendenz dahin, dass die Rechte einiger Gruppen die Rechte anderer Gruppen in den Hintergrund drängen. In der Praxis bedeutet diese „Hierarchie der Rechte“, dass dort, wo die Rechte von Homosexuellen oder Menschen, die eine Gleichstellung der Geschlechter fordern, mit der Gewissensfreiheit von Gläubigen kollidieren, die erstgenannten Gruppen in der Regel Vorrang haben. Im Vereinigten Königreich wurden zum Beispiel katholische Adoptionsagenturen, die sich weigern, Kinder an homosexuelle Paare zu vermitteln, gezwungen, ihre Regeln zu ändern oder zu schließen. In ganz Westeuropa finden sich weitere zahllose Beispiele für diese Tendenz.

Es ist unsere Hoffnung, dass es diesem Bericht gelingt, eine stärkere Reflexion der Grundprinzipien der Religionsfreiheit anzuregen, vor allem auch darüber, in welchem Maße es religiösen Gruppen erlaubt sein sollte, rechtlich von geltenden Normen abzuweichen.

Dieser Bericht unterstreicht auch die Notwendigkeit, dass der Westen ein umfassenderes und differenzierteres Verständnis religiöser Motivation entwickelt. Der religiöse Analphabetismus der politischen Entscheidungsträger im Westen schafft eine erhebliche Verständnisbarriere zwischen dem Westen und anderen Teilen der Welt. Die westlichen Interventionen im Irak und in Afghanistan sind zwei Fälle, in denen dieser Mangel an Einfühlung oder religiösem Verständnis nur allzu offensichtlich ist.

Eine Erklärung, warum Intoleranz und religiöse Gewalt zunehmen, würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Spätere Historiker werden zweifellos die Gründe ausmachen. Wir können hier nur einige der heute gängigeren Erklärungen wiedergeben.

Eine dieser Theorien handelt von der Frustration, die daher rührt, dass sich die islamische Welt in den letzten Jahrhunderten nicht so schnell wie der Westen entwickelt hat. Das hat zur Folge, dass einige Muslime für die Wiederherstellung des „Goldenen Zeitalters“ des Kalifats kämpfen, in dem der Islam als Sieger galt.

Eine andere Überlegung geht dahin, dass Globalisierung und Multikulturalismus keineswegs größere Toleranz hervorbrin-

>>

BRENNPUNKT

BELGIEN

Vier Menschen bei einer Schießerei im Jüdischen Museum getötet

Mai 2014: Vier Menschen wurden bei einer Schießerei im Jüdischen Museum in Brüssel durch einen Mann getötet, der mehr als ein Jahr in Syrien verbracht und Verbindungen zu radikalen Islamisten hatte. Am 24. Mai 2014 eröffnete ein Mann, der mit einer Kalaschnikow bewaffnet war, im Jüdischen Museum in Brüssel das Feuer und tötete drei Menschen. Eine vierte Person, die schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurde, starb fast zwei Wochen später, am 6. Juni. Bei den drei Personen, die vor Ort getötet wurden, handelte es sich um zwei Israelis (die Touristen Emanuel und Miriam Riva, ein Ehepaar mittleren Alters aus Tel Aviv) und eine Französin. Das vierte Opfer war der Museumsmitarbeiter Alexandre Strens, ein junger Belgier. Er war in Marokko geboren, als Sohn einer Jüdin und eines algerischen Berbers.

Der Angriff dauerte weniger als 90 Sekunden; anschließend floh der Schütze zu Fuß. Bevor er im Zentrum von Brüssel verschwand, wurde er teilweise von Überwachungskameras erfasst. Innenministerin Joëlle Milquet war vor Ort, als die Polizei die Gegend absperrte. Berichten zufolge erklärte sie: „Es ist wahrscheinlich, dass es sich um eine antisemitische Attacke handelt.“

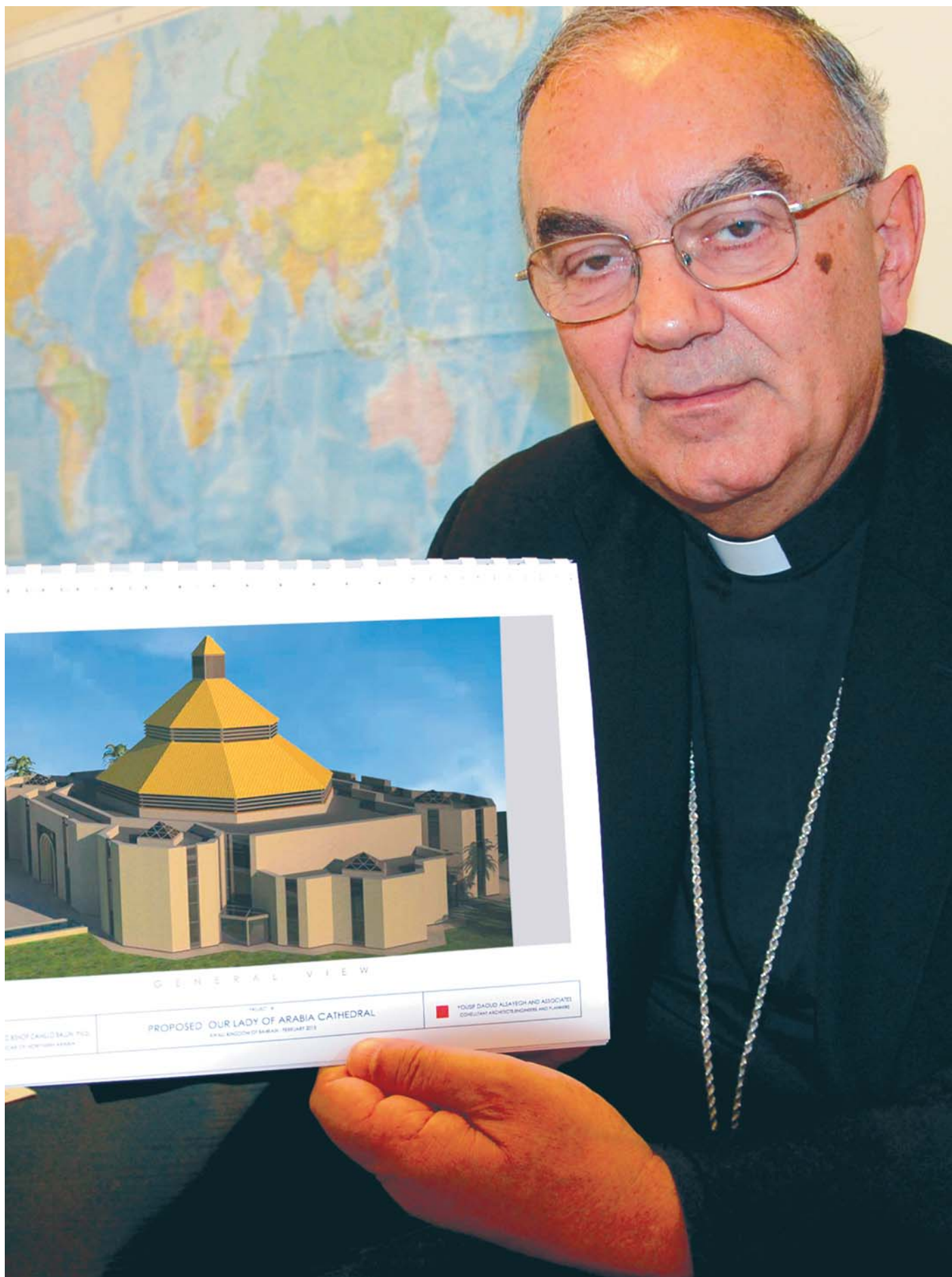
In Zusammenhang mit den tödlichen Schüssen wurde Mehdi Nemmouche, ein 29-jähriger Franzose, am 30. Mai in Marseille festgenommen. Joel Rubinfeld, Vorsitzender der belgischen Liga gegen Antisemitismus, sagte, die Verhaftung sei zwar eine Erleichterung, aber Mehdi Nemmouches Profil eines syrischen Dschihadisten gebe Anlass zu großer Sorge. „Es ist von größter Wichtigkeit, dass Länder, aus denen Bürger nach Syrien gegangen sind, alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass dies nicht noch einmal passiert“, unterstrich er. Roger Cukierman, Präsident des Dachverbandes jüdischer Organisationen in Frankreich, stellte fest: „Es scheint, dass sich die schlimmsten Befürchtungen westlicher Regierungen bewahrheitet haben. Die europäischen Dschihadisten in Syrien sind eine tickende Zeitbombe.“

Quellen: The Independent, 24. Mai und 1. Juni; Wikipedia („Jewish Museum of Belgium shooting“), die Version vom 27. Juni 2014.

© CORBIS images







gen, sondern vielmehr dazu führen, dass sich religiöse und ethnische Gruppen bedroht fühlen und sich daher in eine intolerante „Bunkermentalität“ zurückziehen.

Eine dritte Erklärung lautet, dass die westliche Demokratie – einst so bewundert und nachgeahmt – nicht länger automatisch als bevorzugtes Modell für Entwicklungsländer gilt. Wenn Abtreibung, Empfängnisverhütung, Schamlosigkeit, das Auseinanderbrechen von Familien, gleichgeschlechtliche Ehen sowie eine enorme nationale und persönliche Verschuldung die Folgen des westlichen Liberalismus sind, dann – so die Argumentation – möchten traditionell gesinnte religiöse Gruppen nichts damit zu tun haben.

Mit gutem Grund konzentrieren sich die Medien hauptsächlich auf den islamischen Terrorismus. Doch wie dieser Bericht zeigt, ist dies nicht die ganze Geschichte. Von den 20 Ländern, die wir als sehr problematisch – als „hoch“ – im Hinblick auf die Religionsfreiheit eingestuft haben, herrscht in sechs Ländern – Aserbaidschan, Birma (Myanmar), China, Eritrea, Nordkorea und Usbekistan – ein autoritäres Regime, in dem insbesondere Muslime Opfer von religiöser Verfolgung sind.

Der Bericht bestätigt frühere Untersuchungen, nach denen Christen die bei weitem am meisten verfolgte Glaubensgemeinschaft sind. Dass so häufig Christen einer Unterdrückung

ausgesetzt sind, steht in direktem Zusammenhang damit, dass sie seit jeher weit verstreut sind und oftmals in Kulturen leben, die sich sehr von ihrer eigenen unterscheiden. In vielen Ländern, in denen Christen seit Generationen oder gar Jahrhunderten zu Hause sind, kommt es heute zu extremistischen Entwicklungen. In fast jedem der von uns ermittelten 20 „höchsten“ Länder sind auch muslimische Minderheiten schrecklicher und systematischer Verfolgung ausgesetzt. Allerdings ist festzustellen, dass diese in den meisten Fällen durch andere Muslime geschieht. Die zunehmenden Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten sind ein wiederkehrendes Thema dieses Berichts.

Jüdische Gemeinschaften, vor allem in einigen Teilen Westeuropas, waren ebenfalls von einer Zunahme von Bedrohung und Gewalt betroffen, was Rekordzahlen bei der Auswanderung nach Israel zur Folge hatte.

Im Juli 2014 konstatierte der frühere britische Oberrabbiner Jonathan Sacks im britischen Parlament einen Rückgang der Religionsfreiheit, von dem jüdische, christliche und andere Gemeinschaften betroffen sind. Wie er sagte, führt „ein neuer Tribalismus“ dazu, dass „die Religion dazu benutzt wird, die nackte Machtgier mit der Aura der Heiligkeit zu tarnen und zu legitimieren“, und er fügte hinzu: „Gott selbst weint über die bösen Taten, die in seinem Namen begangen werden.“

>>

BRENNPUNKT

BAHRAIN

Der Bau einer Kathedrale bedeutet Licht in der Dunkelheit

März 2014: Die Insel Bahrain liegt nur 25 km von der Küste Saudi-Arabiens entfernt, wo eines der repressivsten Regimes der Welt herrscht. Viele Christen und andere betrachten den geplanten Bau einer katholischen Kathedrale in Bahrain, die 2500 Gläubigen Platz bieten soll, als eine große Chance für die Entwicklung einer toleranteren Einstellung zu religiösen Minderheiten im gesamten arabischen Raum.

Im März 2014 bestätigte der Bischof des Apostolischen Vikariats Nördliches Arabien, Camillo Ballin, dass der König von Bahrain, Scheich Hamad bin Isa al-Chalifa, der katholischen Kirche ein Grundstück zum Bau einer Kathedrale geschenkt hat. Die Kathedrale soll Unserer Lieben Frau von Arabien geweiht werden und wird ungefähr 2,5 Millionen Katholiken (davon 140 000 in Bahrain) dienen. Die große Mehrheit von ihnen sind ausländische Gastarbeiter. Sie kommen aus Indien, den Philippinen, Pakistan, Bangladesch und anderen Ländern und leben jetzt in Bahrain, Kuwait, Katar und Saudi-Arabien. Der neue Kirchenbau wird ein wichtiges Zentrum für die zehn Pfarreien in dieser Region sein.

Die Ausübung des christlichen Glaubens ist auf der Arabischen Halbinsel, insbesondere in Saudi-Arabien, stark eingeschränkt und meistens nur auf dem Gelände ausländischer Botschaften und privater Häuser möglich. Priestern ist es im Allgemeinen nicht gestattet, in der Öffentlichkeit im geistlichen Gewand zu erscheinen, und Muslimen ist der Übertritt zum Christentum streng verboten. Während christliche Frauen in Saudi-Arabien muslimische Männer heiraten dürfen, ist christlichen Männern die Ehe mit einer Muslimin untersagt. Der Bau der neuen Kathedrale in Bahrain bedeutet einen Durchbruch in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat und zeugt auch von der „ständig wachsenden Zahl der Katholiken in der Region“, so Bischof Ballin.

Der Bau der Kathedrale wird schätzungsweise 17,5 Millionen Pfund Sterling (30 Millionen US-Dollar) kosten und 2016 fertiggestellt werden.

Quellen: National Catholic Register, 20. März 2014 (www.ncregister.com); Aid to the Church in Need USA, 19. März 2014.



BRENNPUNKT

PAKISTAN

22 schiitische Pilger bei Bombenanschlag getötet

Januar 2014: Mindestens 22 schiitische Pilger, darunter und Frauen und Kinder, wurden bei einem Bombenanschlag auf ihren Bus in Westpakistan getötet. Die Bombe explodierte in der Nähe des Buses. Nach einer Reise zu heiligen Stätten im Nachbarland Iran waren sie auf dem Rückweg in ihre Heimatstadt Quetta in Belutschistan. Zum Zeitpunkt der Explosion befanden sich 51 Passagiere in dem Bus.

Nach Aussage des stellvertretenden Polizeichefs des Distriktes Mastung, Shafqat Anwar Shahwani, wurden mindestens 20 Personen verletzt. Wie Shahwani erklärte, vermuteten Bombenspezialisten, dass die Bombe am Straßenrand deponiert und ferngesteuert gezündet worden war, aber er schloss die Möglichkeit eines Selbstmordanschlags nicht aus. Er fügte hinzu, der Busfahrer habe den Behörden erzählt, er habe nicht gesehen, dass ein Auto seinen Bus gerammt hätte,

sondern er habe eine plötzliche Explosion gespürt und anschließend Frauen und Kinder schreien hören.

In Pakistan, wo die Schiiten ungefähr 20 Prozent der insgesamt 175 Millionen Einwohner des Landes ausmachen, nehmen religiös motivierte Anschläge zu. Hunderte von Schiiten wurden 2013 in Pakistan infolge religiös motivierter Gewalt getötet, darunter auch viele Lehrer, Ärzte und Kinder.

Gruppen wie die Organisation Lashkar-e-Jhangvi, die sich in der Vergangenheit zu ähnlichen Anschlägen auf die schiitische Minderheit in Pakistan bekannten, erklären, dass sie für eine sunnitische Theokratie kämpfen und dass die Schiiten das Land verlassen sollten; andernfalls würde man sie töten.

Quellen: Al Jazeera America, 21. Januar 2014;
BBC News Online 21. Januar 2014.





Courtesy of Gabriel Wani

BRENNPUNKT SUDAN

Mariam Ibrahim entgeht Todesstrafe wegen „Apostasie“

Mai – Juni 2014: Mariam Ibrahim, im achten Monat schwanger mit ihrem zweiten Kind, wurde am 15. Mai 2014 zum Tode durch Erhängen verurteilt, weil sie vom islamischen Glauben abgefallen sei. Mariam Ibrahim ist die Tochter eines muslimischen Vaters und einer äthiopisch-orthodoxen Mutter. Allerdings verließ ihr Vater die Familie, als sie noch klein war, und daher wurde sie in christlichen Glauben erzogen und heiratete später einen Christen, Daniel Wani. Nach eigener Aussage ist sie schon immer Christin gewesen.

Trotz dieser Erklärung befand die Staatsanwaltschaft, dass sie dem Glauben ihres abwesenden Vaters hätte folgen müssen, und verlangte mit Unterstützung des Richters von Mariam Ibrahim, dass sie ihrem christlichen Glauben abschwören und sich dem Glauben ihres Vaters, dem Islam, zuwenden müsse. Dafür wurde ihr eine Frist von drei Tagen zugestanden, doch sie weigerte sich und begründete dies damit, dass sie ihr Leben lang Christin gewesen sei und ihren Glauben nicht auf Verlangen eines Gerichts aufgeben oder wechseln könne.

Das über Mariam Ibrahim verhängte Urteil wurde schnell weltweit bekannt. Regierungen, Einzelpersonen und Medien

waren sich einig in ihrer Empörung, die sich nur noch steigerte, als bekannt wurde, dass Mariam Ibrahim im Gefängnis ihr Kind zur Welt gebracht hatte und dabei mit den Beinen am Boden angekettet gewesen war.

Der Druck auf die sudanesischen Behörden hielt an und am 24. Juni 2014 wurde Mariam Ibrahim auf Anordnung eines sudanesischen Berufungsgerichtes freigelassen. Als sie und ihre Familie am nächsten Tag an Bord eines Flugzeuges gehen wollten, um in die Vereinigten Staaten zu reisen, wurde sie festgenommen und nach Khartum gebracht, wo sie im Zusammenhang mit der Anschuldigung, sie habe Reisepapiere gefälscht, befragt wurde. Am nächsten Tag wurde sie wieder freigelassen und suchte zusammen mit ihrer Familie Zuflucht in der US-Botschaft in Khartum. Einen Monat später, am 24. Juli, flog Mariam Ibrahim nach Rom und traf Papst Franziskus im Vatikan. Anschließend reisten sie und ihr Ehemann, Daniel Wani, in die Vereinigten Staaten, wo sie nun hoffen, ihre Kinder großziehen zu können.

Quellen: AP/The Guardian, 31. Mai 2014;
NY Daily News, 27. Februar 2014.

Was auch immer die möglichen Gründe für die Abnahme des religiösen Pluralismus und der Toleranz sein mögen, ob dahinter der Hass auf eine andere Religion oder auf die Religion an sich steht – es ist deutlich, dass die Grundbedingungen des Menschseins Schaden genommen haben.

Wie es Papst Franziskus in einer Rede am 20. Juni 2014 ausdrückte: „Die Vernunft erkennt in der Religionsfreiheit ein Grundrecht des Menschen, das seine höchste Würde widerspiegelt.“

Selbst eine erklärtermaßen säkulare Institution wie die Europäische Union erkennt die grundlegende Bedeutung der Religionsfreiheit an. Im Juni 2013 verabschiedete sie entsprechende Richtlinien, in denen sie erklärte: „Als ein universelles Menschenrecht schützt die Religions- oder Glaubensfreiheit die Achtung der Vielfalt. Ihre ungehinderte Ausübung trägt direkt zu Demokratie, Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Stabilität bei.“

Dieser Bericht, der die Situation einer jeden religiösen Minderheit in jedem Land der Welt schildern will, wird von KIRCHE IN NOT veröffentlicht, einem katholischen Hilfswerk, das als päpstliche Stiftung direkt dem Heiligen Stuhl untersteht.

Die Frage ist berechtigt, ob es einem christlichen Hilfswerk möglich ist, die, zuweilen auch durch Christen zugefügten, Leiden der Gläubigen aller Religionen objektiv zu schildern. Leserinnen und Leser können natürlich selbst beurteilen, ob dem Bericht dies gelungen ist. Doch unsere Antwort lautet, dass ein solcher Bericht über alle religiösen Minderheiten durch ein christliches Hilfswerk nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist. Religiöse Organisationen haben die Pflicht, lautstark zu protestieren, wenn eine Glaubensgemeinschaft zu Unrecht angegriffen wird. Wie in vatikanischen Dokumenten, insbesondere in der Erklärung *Dignitatis Humanae* (1965), hervorgehoben wird, garantiert die Religionsfreiheit allen religiösen Gruppen die religiöse Praxis, unter der Bedingung, dass jede die unveräußerlichen Rechte der anderen achtet.

Um jedoch das Spektrum der Analyse unserer einzelnen Länderberichte zu erweitern, hat KIRCHE IN NOT Experten auf dem Gebiet der Religionsfreiheit beauftragt, Entwicklungstrends in Afrika, dem Nahen Osten, Asien, Nordamerika, Westeuropa, Russland und Zentralasien und Lateinamerika auszumachen und zu beobachten.

Die ungekürzten Berichte dieser Experten werden in elektronischer Form veröffentlicht und sind unter: www.religion-freedom-report.org zugänglich.

Zusammengefasst sind nachfolgend einige ihrer Ergebnisse dargestellt:

Die Analyse des Status der Religionsfreiheit in Afrika nimmt der ehemalige Missionar **José Carlos Rodríguez Soto** vor. Er ist grundsätzlich optimistisch, was die Zukunft der Religions-

freiheit in Afrika betrifft, und erklärt, dass die Probleme „nicht die Tatsache überschatten sollten, dass in den meisten afrikanischen Ländern die Bürger das Recht auf Religionsfreiheit haben. Ausgeübt wird dieses Recht vor dem Hintergrund einer positiven Kultur der Toleranz und des gegenseitigen Respekts unter den verschiedenen religiösen Gemeinschaften.“ Als eine hoffnungsvolle Entwicklung erwähnt er auch ausdrücklich die Zunahme von interreligiösen Gruppen für den Dialog und soziale Aktivitäten, unter anderem in Kamerun, Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik, Uganda, Sambia, Südafrika und Kenia.

Rodríguez Soto macht auch aus, welche Entwicklung in Afrika in den vergangenen zwei Jahren am meisten Anlass zur Sorge gab. Es ist die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus unter der Führung von Gruppen wie El-Kaida im Islamischen Maghreb (im nordwestlichen Afrika), Boko Haram (in Nigeria und den umliegenden Gebieten) und Al-Shabaab (in Somalia). Seiner Einschätzung nach war die militärische Antwort auf diese Terrorgruppen bisher wirkungslos, andere Strategien sollten verfolgt werden, darunter auch der religiöse Dialog.

Mit Blick auf die islamische Welt fordert **Pater Paul Stenhouse**, Herausgeber der katholischen Monatszeitschrift *Annals Australasia*, dass der Westen Geduld üben und sich in der Region zurückhalten, zugleich aber ein differenziertes Verständnis für die unterschiedlichen Einstellungen zu den Menschenrechten innerhalb des Islam entwickeln müsse.

Er führt Beispiele an, bei denen der Versuch einer liberalen Reform in Ländern mit wenig oder ohne Erfahrung mit Demokratie zur Ausbreitung von Gewalt und Unruhen führte, und stellt fest, dass „Rom nicht an einem Tag erbaut wurde“. „Besondere Erwähnung“ findet Iran. Er schreibt: „Gemäß seiner Verfassung genießen Zoroastrier, Christen und Juden Religionsfreiheit. Die Schändung und Zerstörung von Kirchen oder Synagogen – eine typische Erscheinung des islamistischen Extremismus in vielen sunnitischen Staaten – kommt in schiitischen Gemeinschaften und Gesellschaften überhaupt nicht vor.“

In Asien konstatiert **Pater Bernardo Cervellera**, Herausgeber von *Asia News*, dass „Asien auch“ in den letzten beiden Jahren „der Kontinent war, wo die Religionsfreiheit am meisten verletzt wird“. Er schreibt: „Mit Ausnahme von Ländern wie Japan, Taiwan, Singapur, den Philippinen (abgesehen von einigen Vorfällen in Mindanao) und Kambodscha sind bei allen anderen Ländern unterschiedlich ausgeprägte Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen, Muslimen, Hindus und Sikhs zu verzeichnen, ganz zu schweigen von Gruppen wie Ahmadis und Sufis, die von der örtlichen Mehrheit als ‚Ketzer‘ betrachtet werden.“

Besonders herausgestellt werden Nordkorea, wo „es verboten ist, sich zu einem anderen Glauben als dem an die herrschenden Halbgötter der Kim-Dynastie zu bekennen“, und China, über das er schreibt: „China ... ist das Land, wo die

>>

Kontrolle über die Religion am methodischsten und praktisch allumfassend ist, wie die gewaltsame Kampagne gegen inoffizielle katholische, protestantische, buddhistische und muslimische Gemeinden zeigt.“

Eric Rassbach und **Adèle Keim** vom „Becket Fund“, die beiden Fachautoren, die über Nordamerika schreiben, befassen sich schwerpunktmäßig mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten im Verfahren *Burwell vs. Hobby Lobby Inc.* Hierbei ging es um eine nationale Bestimmung, nach der viele Arbeitgeber für Krankenversicherungen zahlen müssen, die auch Verfahren der Empfängnisverhütung umfassen. Der Oberste Gerichtshof entschied mit 5 zu 4 Stimmen, dass die Familie Green, Eigentümerin von Hobby Lobby, Abtreibungsmittel zur Verhütung von der Krankenversicherung ausnehmen kann, ohne mit einer Strafe belegt zu werden. Bei einem weiteren Streit über die Frage, in welchem Maße Gläubige ihren Glauben in die Praxis umsetzen dürfen, geht es um eine von Präsident Obama im Juli 2014 erlassene Verfügung, nach der Dienstleistern der Bundesregierung eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verboten ist. Trotz der Bitten vieler religiöser Organisationen sieht die Verfügung keine Ausnahmen für die religiöse Praxis vor und stellt damit Sozialeinrichtungen der Kirche für die Armen und Obdachlosen infrage.

Ähnliche Fragen der Gewissensfreiheit stehen im Mittelpunkt ihrer Analyse für Kanada. Die Verfasser schildern den Fall der

Trinity Western University, einer evangelikalen protestantischen Hochschule, die ihren Lehrkörper ausschließlich auf Dozenten begrenzt, die diesen Glauben teilen. Gegner der Universität fordern, es müsse ihr untersagt werden, eine juristische Fakultät einzurichten, da sie wegen des von ihr vertretenen traditionellen Verständnisses von Ehe untauglich sei, eine juristische Ausbildung zu bieten. „Das Ergebnis dieses Streits wird Auswirkungen auf alle religiösen Einrichtungen haben, die ihren Glaubensgenossen den Vorzug geben“, so die Autoren.

Für Westeuropa zeichnen **Dr. John Newton**, der sich als Autor mit dem Thema Religionsfreiheit befasst und bei KIRCHE IN NOT im Vereinigten Königreich arbeitet, sowie **Dr. Martin Kugler** aus Wien vom Dokumentationsarchiv der Intoleranz gegen Christen ein beunruhigendes Bild von der allmählichen Marginalisierung derjenigen, die versuchen, traditionelle moralische Werte zu bewahren. Auch wenn Gläubige die uneingeschränkte Freiheit haben, ihren Glauben im Privaten zu praktizieren, stellen die Verfasser doch fest, dass „sich relativistische Positionen gnadenlos durchsetzen“, was ein vernünftiges Entgegenkommen und das Miteinbeziehen religiöser Überzeugungen unmöglich macht.

Schlimmer noch, diese Wertekollision gewinnt in einem Maße an Heftigkeit, dass Gläubige fürchten, sie könnten vom Staat gezwungen werden, sich an gesellschaftliche Normen zu halten, die sie aus Gewissensgründen ablehnen.

>>

BRENNPUNKT CHINA (TIBET)

Buddhistischer Mönch stirbt in Haft

Dezember 2013: Chinesische Polizisten stehen im Verdacht, einen inhaftierten tibetischen buddhistischen Mönch, Jamyang Geshe Ngawang, erschlagen zu haben. Der 45-Jährige und zwei seiner Freunde wurden im November 2013 während eines Urlaubs in Lhasa, der Provinzhauptstadt von Tibet, von Sicherheitsbeamten verhaftet. Von da an fehlte von ihm jede Spur, bis zum 17. Dezember, als die Polizei seiner Familie seinen Leichnam übergab. Ngawang Tharpa, ein Tibeter, der in Indien lebt, aber Kontakt zu seinem Heimatland hat, sagte zu Radio Free Asia: „Er wurde erschlagen. Als die Polizei seinen Leichnam übergab, warnten sie die Familie davor, etwas über den Vorfall zu erzählen. Sonst werde man sie töten.“ Bis heute hat man nichts von seinen beiden Gefährten gehört, die zusammen mit ihm verhaftet wurden.

Jamyang Geshe Ngawang genoss hohes Ansehen bei der örtlichen Bevölkerung und war bei den Gläubigen beliebt. Er unterrichtete viele Jahre in einem indischen Kloster, bevor er 2007 nach Tibet zurückkehrte, wo er eine Stelle als Lehrer im Kloster Tarmoe Nagchu im Bezirk Driru angenommen hatte.

Dem Tibetan Centre for Human Rights and Democracy zufolge „ist es klar, dass der Mönch erschlagen wurde, während er in einem Geheimgefängnis festgehalten wurde. Er war ein kräftiger Mann und bei guter Gesundheit, als er sein Kloster verließ, um nach Lhasa zu reisen.“

2008 wurde Jamyang Geshe Ngawang in Tibet festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, da er „Kontakte mit dem Ausland unterhalte“. Er wurde jedoch wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Laut dem Tibetan Centre for Human Rights and Democracy wurden von 1987 bis Anfang 2005 87 Gefangene gefoltert und starben entweder in der Haft oder kurz nach ihrer Freilassung.

Quellen: www.AsiaNews.it, 20. Dezember 2013; Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, 27. Januar 2014 (www.tchrd.org).



Courtesy: Tibetan Centre for Human Rights and Democracy.



BRENNPUNKT

ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK

Christen und Muslime vereint für den Frieden

Januar 2014: Kobine Layama, ein muslimischer Imam und Präsident des Islamischen Rates der Zentralafrikanischen Republik, Dieudonné Nzapalainga, der katholische Erzbischof, und Nicolas Guerekoyame, ein protestantischer Pfarrer, haben gemeinsam eine interreligiöse Friedensgruppe ins Leben gerufen. In der Zeit, als das halbe Land in der Hand der Séléka-Rebellen war, führten die drei Männer Friedensmissionen durch. Sie vermittelten zwischen den Parteien im Landesinneren, um zu verhindern, dass sich die Auseinandersetzungen zu einem offenen Krieg auswuchsen. Als die Séléka-Rebellen die Hauptstadt Bangui besetzten und dort die Macht übernahmen, befand sich Imam Layama in einer schwierigen persönlichen Lage: Viele zentralafrikanische Muslime sahen darin ein Zeichen dafür, dass nun für sie der Zeitpunkt der Machtergreifung gekommen sei, und vielerorts arbeiteten Séléka und Muslime offen zusammen. Kobine Layama ist ein frommer Muslim, der davon überzeugt ist, dass Muslime und Christen in Frieden und gegenseitigem Respekt leben sollten. Er wurde zu einer unbequemen Person für die Séléka-Rebellen, denn er predigte: „Was ihr tut – stehlen,

töten, Frauen vergewaltigen und die Menschen terrorisieren – ist gegen das, was Gott uns im Koran aufgibt.“ Als am 5. Dezember 2013 die Gewalt in Bangui eskalierte und innerhalb von drei Tagen 500 Menschen ums Leben kamen, suchte Kobine Layama Zuflucht bei seinem Freund, Erzbischof Nzapalainga. Er wusste, dass sein Leben durch die Extremisten beider Seiten bedroht war. Seitdem ruft er unermüdlich zu Ruhe und Versöhnung auf.

Der zentralafrikanische Konflikt ist nicht religiöser, sondern sozialer und politischer Natur. Gewalt und Rache werden von denjenigen angeheizt, die den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Christen und Muslimen wünschen; dadurch geraten die Bürger des Landes immer wieder in gefährliche Situationen. Der Imam, der Erzbischof und der Pfarrer sind drei mutige Stimmen, die unter großem persönlichem Risiko unermüdlich zum Frieden aufrufen.

Quellen: Kirche in Not, Februar 2014

Die Autoren heben auch hervor, dass es in ganz Westeuropa vermehrt zu Gewalt gegen Juden und Muslimen kommt, was zwar äußerst besorgniserregend, doch gegenwärtig noch weithin die Ausnahme ist. Insbesondere weisen sie auf Auswanderung von Juden aus Frankreich hin, wo in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 etwa 400 französische Juden nach Israel emigriert sind, viermal so viel wie im gleichen Zeitraum 2013 und 2012.

Peter Humeniuk, Experte für Russland und Zentralasien, ist Mitglied des internationalen Projektteams von KIRCHE IN NOT. Er fordert die Leser dazu auf, die Religionsfreiheit in Russland auf dem Hintergrund der jüngeren, bewegten Vergangenheit des Landes zu betrachten. Zwar würden traditionelle religiöse Gruppen im Allgemeinen mit Respekt behandelt, doch die Erfahrung – ab Mitte der 1990er Jahre –, dass kapitalkräftige religiöse Sekten ins Land strömten, habe das Maß der heute zulässigen Religionsfreiheit geprägt. Obwohl diese Sekten weitgehend erfolglos gewesen seien, falle es den Behörden zuweilen schwer, die Grenze zwischen rechtmäßiger und unrechtmäßiger religiöser Aktivität zu ziehen.

Nach Humeniuk ist Russland bemüht, seine eigene, einheimische Form des Islam zu entwickeln, wenn auch der Grat zwischen „einer exotischen religiösen Gemeinschaft und einer aktiven Terrorzelle sehr schmal sein kann“. Außerdem stellt er fest, dass die großen Gruppen von Arbeitern im Dienstleistungssektor in Moskau und Sankt Petersburg – überwiegend muslimische Migranten aus Zentralasien – „ein Potenzial für ethnische und religiöse Unruhen darstellen“.

Bei seiner Betrachtung der Länder in Zentralasien legt er dar, dass nach Befürchtung vieler der Rückzug der westlichen Streitkräfte aus Afghanistan zur Ausbreitung eines radikalen Islam in der Region führen könne. „Das ist eine erschreckende Aussicht für die autoritären Regimes, in denen der Islam vom Staat kontrolliert wird.“ Die Führer dieser zentralasiatischen Staaten hätten gesehen, wohin der „Arabische Frühling“ geführt habe. Diese blutigen Revolutionen würden nicht notwendigerweise die Restriktionen rechtfertigen, die den religiösen Gemeinschaften auferlegt seien, sie aber doch teilweise erklären.

Der Autor **Dr. Austen Ivereigh** stellt fest, dass in Lateinamerika zwar die Hälfte aller Katholiken weltweit lebt, die religiöse Landschaft und Praxis aber weitaus vielfältiger ist als allgemein angenommen. In Brasilien sind mehr als 20 Prozent der Bevölkerung evangelikale Christen, während in einigen mittelamerikanischen Staaten diese Zahl auf ein Drittel ansteigt. Argentinien hat größere jüdische und muslimische Gemeinschaften und auf den englischsprachigen karibischen Inseln dominieren protestantische Kirchen. Außerdem gibt es, zum Beispiel in Kuba und Brasilien, eine größere Zahl von Menschen, die den Spiritismus oder die Santería praktizieren.

Er führt aus, dass dort, wo es Einschränkungen der Religionsfreiheit gibt, diese gewöhnlich auf offiziell säkularistische und atheistische Regimes zurückzuführen sind und im Allgemei-

nen für alle religiösen Gruppen gleichermaßen gelten. Die Herausforderung für die Zukunft besteht ihm zufolge darin, dass sowohl die verbleibenden rechtlichen als auch die inoffiziellen Sanktionen gegen religiöse Gemeinschaften aufgehoben werden und die Regierungen Lateinamerikas religiöse Stimmen im nationalen Leben in stärkerem Maße akzeptieren.

Wie mehrere der Brennpunktländer in dieser Kurzdarstellung deutlich zeigen, gibt es zum einen Zeichen der Hoffnung und zum anderen Gründe für tiefe Besorgnis. Wir zeigen Beispiele dafür, wie Religionsführer einander die Hand der Freundschaft reichen. Wir berichten, dass sogar am Persischen Golf, wo sich einige Staaten finden, die religiösen Pluralismus kategorisch ablehnen, ein muslimischer Herrscher ein Grundstück für eine christliche Kathedrale gespendet hat. Wir zeigen, wie christliche Führer in Afrika und ein muslimischer Imam zusammenarbeiten, um die Gewalt einzudämmen. Auch wenn wir über die beunruhigende Zunahme von religiöser Intoleranz berichten, gibt es doch eindeutig eine entgegengesetzte Entwicklung, bei der sich religiöse Führer und Vertreter des Gemeinwesens zusammentun, um Flüchtlinge herzlich aufzunehmen.

Aus diesen Untersuchungen ergibt sich als eindeutige Erkenntnis, dass die dringende Forderung nach einem Ende der Gewalt gegen religiöse Minderheiten und ihrer Unterdrückung vor allem aus den religiösen Gemeinschaften selbst kommen muss. Auch wenn dieser Bericht ein Schlaglicht auf die vielen rechtlichen und verfassungsmäßigen Hindernisse für die Religionsfreiheit wirft, so sind doch Eintracht und gegenseitiger Respekt zwischen religiösen Gruppen die Voraussetzung für eine Verbesserung.

Es wird in der gegenwärtigen Situation immer dringlicher, dass alle religiösen Führer ihre Kanzeln und die Medien nutzen, um energisch gegen religiös motivierte Gewalt zu protestieren und sich entschieden für religiöse Toleranz einzusetzen.

Peter Sefton-Williams
Vorsitzender des Redaktionsausschusses,
KIRCHE-IN-NOT-Bericht „Religionsfreiheit weltweit“

KIRCHE IN NOT ist ein internationales katholisches Hilfswerk päpstlichen Rechts, das der Kirche überall dort hilft, wo sie verfolgt oder bedrängt wird oder nicht genügend Mittel für die Seelsorge hat.

Das Hilfswerk wurde 1947 vom niederländischen Prämonstratenserpater Werenfried van Straaten (1913-2003) gegründet. Damals organisierte Pater Werenfried in Belgien und den Niederlande Hilfe für die heimatvertriebenen Deutschen und rief zur Versöhnung mit den verfeindeten Nachbarn auf. Da er anfangs vor allem Speck bei den flämischen Bauern sammelte, nannte man ihn bald den „Speckpater“.

KIRCHE IN NOT ist ein pastorales Hilfswerk, das in mehr als 130 Ländern aktiv ist. Schwerpunkte der Hilfe sind gegenwärtig die Kirche in islamisch geprägten Ländern, in denen Christen meist Bürger zweiter Klasse sind, der Wiederaufbau der Kirche in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, die Hilfe für die durch Sekten bedrängte Kirche in Lateinamerika sowie Unterstützung für die Kirche in Afrika, die oft in Auseinandersetzungen mit dem Islam steht. Immer wichtiger wird auch die Neuevangelisierung in den westlichen Ländern.



KIRCHE IN NOT

WELTWEITES HILFSWERK PÄPSTLICHEN RECHTS

in Deutschland

KIRCHE IN NOT

Lorenzonstraße 62, D-81545 München

Telefon: 0049 (0)89 - 64 24 888-0, Telefax: 0049 (0)89 - 64 24 888-50

E-Mail: info@kirche-in-not.de

www.kirche-in-not.de

Spendenkonto:

LIGA Bank München

IBAN: DE63 7509 0300 0002 1520 02

BIC: GENODEF1M05

in Österreich

KIRCHE IN NOT

Hernalser Hauptstraße 55/1/8, A-1172 Wien

Telefon: 0043 (0)1 - 405 25 53, Telefax: 0043 (0)1 - 405 54 62 75

E-Mail: kin@kircheinnot.at

www.kircheinnot.at

www.christenverfolgung.org

www.religionsfreiheit-weltweit.at

Spendenkonto:

PSK

IBAN: AT72 6000 0000 9206 5338

BIC: OPSKATWW